

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und Die Linke

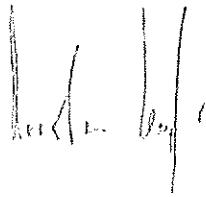
Versöhnung und Partnerschaft – 35 Jahre deutsch-polnischer Grenzvertrag

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass in der Folge des deutschen Überfalls am 1. September 1939 Polen im Zweiten Weltkrieg unvorstellbares Leid und Zerstörung erlebte. Das nationalsozialistische Deutschland strebte gezielt die Auslöschung Polens als Staat und die Vernichtung der polnischen Bevölkerung an. Die deutsche Invasion führte zu einer massiven Zerstörung der Infrastruktur, zur fast vollständigen Zerstörung Warschaws und zum Tod von Millionen polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, darunter allein drei Millionen Jüdinnen und Juden.
- II. Der Landtag stellt zudem fest, dass mit dem am 14. November 1990 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom wiedervereinigten Deutschland völkerrechtlich verbindlich und endgültig die Oder-Neiße-Grenze als unverletzliche deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannt und jegliche Gebietsansprüche für die Zukunft ausgeschlossen wurden.
- III. Der Landtag erinnert daran, dass damit ein herausragender Beitrag für den Aufbau der europäischen Friedensordnung geleistet und nach einer langen gemeinsamen und oft leidvollen Geschichte mit im Zweiten Weltkrieg Millionen von Deutschen ermordeten polnischen Bürgerinnen und Bürgern die Grundlage für Versöhnung, Vertrauen und Partnerschaft gelegt wurde.
- IV. Der Landtag bekennt sich zu dieser besonderen Bedeutung des deutsch-polnischen Grenzvertrags und des daran anknüpfenden Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vom 17. Juni 1991.
- V. Der Landtag würdigt den wichtigen Beitrag Polens für die friedliche Revolution 1989/1990. Der mutige Widerstand der Frauen und Männer der freien Gewerkschaft Solidarność war auch Vorbild für die Menschen in der DDR.

- VI. Der Landtag bekräftigt das freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen mit lebendigen grenzüberschreitenden Kontakten, Projekten und Kooperationen. In der Metropolregion Stettin haben die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ihre Zusammenarbeit mit der gemeinsamen Geschäftsstelle in Anklam institutionalisiert. Die Regionalpartnerschaften mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern bestehen seit 25 Jahren und wurden durch die Landesregierung und die politischen Spitzen der Woiwodschaften gewürdigt. Die Euroregion Pomerania, die Kooperationsprogramme Interreg A von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Polen sowie Interreg Südliche Ostsee von Mecklenburg-Vorpommern, Polen, Schweden, Dänemark und Litauen haben die Regionen wirtschaftlich, sozial und kulturell nachhaltig gestärkt. Sprachförderungen, Infrastrukturprojekte, grenzüberschreitende Rettungsdienste oder Kooperationen von Polizeibehörden sind konkrete Ergebnisse. Das deutsch-polnische Gymnasium in Löcknitz ist ein Leuchtturm der schulischen Zusammenarbeit. Mit der Regelung des Schullastenausgleichs wurden bestehende Hürden in der grenzüberschreitenden Bildungszusammenarbeit überwunden. In der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum Südliche Ostsee pflegen die Parlamente ihre Beziehungen und stärken die multilaterale Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung der Region. Das Haus der Wirtschaft in Stettin ist seit 25 Jahren Ansprechpartner für Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze und hat erheblich zu einer Verzahnung der wirtschaftlichen Akteure im Grenzraum geführt. Mit einem Außenhandelsvolumen von rund 1,6 Milliarden Euro ist Polen einer unserer bedeutendsten Außenhandelspartner. Regelmäßige Delegationsreisen und der Baltic Sea Business Day sind konkrete Beiträge, um dieses weiter auszubauen.


Julian Barlen und Fraktion



i.V.

Jeannine Rösler und Fraktion